

# Standesamt

## Informationen zur Einbürgerung

Durch die Einbürgerung erwirbt man die deutsche Staatsangehörigkeit mit allen sich daraus ergebenden Rechten und Pflichten.

## Voraussetzungen

Der Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration hat auf der Homepage [www.einbuengerung.de](http://www.einbuengerung.de) viele Informationen rund um das Thema Einbürgerung zusammengestellt.

Dort finden Sie auch zwei Publikationen, jeweils mit dem Titel „Mein Weg zum deutschen Pass“, in denen die Voraussetzungen, unter denen man sich einbürgern lassen kann, zusammengestellt sind. Einen schnellen Überblick bietet der Flyer, umfassendere Informationen enthält die Broschüre.

## Wie lassen Sie sich einbürgern?

### 1. Beratung und/oder Online-Check

In einem ersten Gespräch beraten wir Sie ausführlich zu den Voraussetzungen und erläutern Ihnen den Ablauf des Einbürgerungsverfahrens. Im Rahmen dessen erhalten Sie den Einbürgerungsantrag sowie eine auf Ihren Einzelfall abgestimmte Auflistung, welche Unterlagen einzureichen sind.

Für eine Beratung können Sie einen Termin vereinbaren. Aktuelle Informationen zur Terminvereinbarung finden Sie unter [www.erfurt.de/ef14184](http://www.erfurt.de/ef14184).

Auf Grund der hohen Nachfrage kommt es aktuell leider zu sehr langen Terminvorlaufzeiten im Bereich Einbürgerung. Daher kann alternativ (oder vorab) auch der Einbürgerungs-Check für eine unverbindliche Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen von Zuhause aus genutzt werden. Sollten Sie dort zu einem positiven Ergebnis ohne Klärungsbedarf gelangen und daher **anstelle** des persönlichen Beratungsgesprächs die postalische Zusendung der Antragsformulare wünschen, teilen Sie uns dies bitte unter Bekanntgabe Ihrer Wohnanschrift per E-Mail mit. Bitte beachten Sie jedoch, dass hierbei - im Gegensatz zum Beratungsgespräch - keine individuelle Auflistung an erforderlichen Unterlagen unsererseits möglich ist.

### 2. Antragsabgabe

Für Personen, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, muss jeweils ein eigener Antrag gestellt werden. Minderjährige Kinder, die das 16. Lebensjahr noch nicht vollendet haben, können mit einem Elternteil miteingebürgert werden oder Ihre gesetzlichen Vertreter stellen einen eigenen Antrag für die Kinder.

Sobald Sie den Antrag vollständig ausgefüllt und alle erforderlichen Unterlagen zusammengestellt haben, können Sie den unterschriebenen Antrag samt der vollständigen Unterlagen - nur in Kopien - postalisch einreichen.

### **3. Einbürgerungsverfahren**

Nach Einreichung vollständiger Unterlagen wird Ihr Antrag geprüft. Zum genauen Ablauf des Verfahrens informieren wir Sie gern im Beratungsgespräch.

### **4. Was kostet die Einbürgerung?**

Die Gebühr für die Einbürgerung beträgt pro Person 255,00 Euro. Jedes Kind unter 16 Jahren, welches mit einem Elternteil miteingebürgert wird zahlt 51,00 Euro.

Stand: März 2025

### **Unsere Kontaktangaben**

Sie erreichen uns:	Telefon: 0361 655-7670 (Montag und Mittwoch jeweils zwischen 08:00 und 13:00 Uhr) Fax: 0361 655-7649
Hausanschrift:	Bürgermeister-Wagner-Straße 1, 99084 Erfurt
Stadtbahn:	Linien 1, 2, 3, 5, 6
Haltestelle:	Hauptbahnhof
Postanschrift:	Stadtverwaltung Erfurt, Standesamt 99111 Erfurt
E-Mail:	<a href="mailto:einbuengerung@erfurt.de">einbuengerung@erfurt.de</a>
Internet:	<a href="https://www.erfurt.de/ef14184">https://www.erfurt.de/ef14184</a>

### **Unsere Sprechzeiten**

nur mit vorheriger Terminvereinbarung

Stand: März 2025

*Aus Gründen der Übersichtlichkeit und Lesbarkeit wird auf die wechselweise weibliche, männliche als auch diverse Form verzichtet.*

## Antrag auf Einbürgerung

Bitte den Antrag in Druckschrift ausfüllen. Beantworten Sie bitte alle Fragen. Zutreffendes bitte  oder ausfüllen. Nichtzutreffendes mit "entfällt" oder "nicht zutreffend" kennzeichnen. Sollte der Platz bei Fragen oder Ausführungen nicht ausreichen, verwenden Sie bitte ein gesondertes Blatt.

Für jede Person ab Vollendung des 16. Lebensjahres ist ein eigener Antrag erforderlich.

Ich beantrage meine Einbürgerung.

Über meine persönlichen Verhältnisse mache ich folgende Angaben:

1. Personalien des Einbürgerungsbewerbers		Behörden- vermerk	
Familienname			Vorname/n, ggf. Namensbestandteile, z. B. Vatersname
Frühere Namen, Alias-Namen			ggf. Geburtsname
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat		
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)			
Telefonnummer (freiwillig)			Mobilfunknummer (freiwillig)
E-Mail (freiwillig)			
Familienstand <input type="checkbox"/> ledig <input type="checkbox"/> verheiratet <input type="checkbox"/> eingetragene Lebenspartnerschaft nach LPartG <input type="checkbox"/> getrennt lebend <input type="checkbox"/> geschieden <input type="checkbox"/> verwitwet			
Familienstand seit			Tag und Ort der Eheschließung/Lebenspartnerschaft
Bestehen weitere Ehen/LPart (z. B. im Heimatland)? <input type="checkbox"/> Nein. <input type="checkbox"/> Ja.			Tag und Ort der Eheschließungen/Lebenspartnerschaft
2. Angaben zum Ehegatten/Lebenspartner bzw. Lebenspartnerin			
Familienname			Vorname/n, ggf. Namensbestandteile
Frühere Namen, Alias-Namen			ggf. Geburtsname
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat		
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)			
Staatsangehörigkeit/en			Nachweis (z. B. Pass, Staatsangehörigkeitsnachweis)
Soll der Ehegatte/Lebenspartner mit eingebürgert werden? <input type="checkbox"/> Ja, siehe eigener Antrag. <input type="checkbox"/> Nein.			



<b>4.1 Vater</b>			
Familiennamen		Vorname/n, ggf. Namensbestandteile	
Frühere Namen, Alias-Namen		ggf. Geburtsname	
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat		
Staatsangehörigkeit/en	Volkszugehörigkeit	Ist Ihr Vater bereits verstorben? <input type="checkbox"/> Nein. <input type="checkbox"/> Ja, am	
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)			
<b>4.2 Mutter</b>			
Familiennamen		Vorname/n, ggf. Namensbestandteile	
Frühere Namen, Alias-Namen		ggf. Geburtsname	
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat		
Staatsangehörigkeit/en	Volkszugehörigkeit	Ist Ihre Mutter bereits verstorben? <input type="checkbox"/> Nein. <input type="checkbox"/> Ja, am	
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort)			
Für Antragsteller bis zur Vollendung des 16. Lebensjahres: Besteht die Ehe der Eltern fort? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein.			
Bei „Nein“: Einbürgerungsbewerber/in wird vertreten durch (z. B. Vater, Mutter oder Name der berechtigten Person)		Das Recht der Vertretung beruht auf (z. B. elterlichem Sorgerecht, gerichtlicher Anordnung etc.)	

<b>5. Kinder</b> (minderjährige und volljährige, eheliche und nicht eheliche Kinder) <input type="checkbox"/> keine Kinder		
<b>1. Kind</b>		
Familiennamen	Vorname/n, ggf. Namensbestandteile	ggf. Geburtsname
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat	
Staatsangehörigkeit/en	Soll das Kind mit eingebürgert werden? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein.	
<b>2. Kind</b>		
Familiennamen	Vorname/n, ggf. Namensbestandteile	ggf. Geburtsname
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat	
Staatsangehörigkeit/en	Soll das Kind mit eingebürgert werden? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein.	
<b>3. Kind</b>		
Familiennamen	Vorname/n, ggf. Namensbestandteile	ggf. Geburtsname
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat	
Staatsangehörigkeit/en	Soll das Kind mit eingebürgert werden? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein.	

<b>4. Kind</b>		
Familienname	Vorname/n, ggf. Namensbestandteile	ggf. Geburtsname
Geburtsdatum	Geburtsort, Kreis, Staat	
Staatsangehörigkeit/en	Soll das Kind mit eingebürgert werden? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein.	
Von diesen Kindern (Bitte jeweils die laufende Nummer von oben eintragen!) stammen aus der jetzigen Ehe		
stammen aus früherer Ehe	stammen aus keiner Ehe	sind angenommen (Adoption)

<b>6. Aufenthalte (seit Geburt), Ausbildung und Arbeitsverhältnisse</b>			
<b>6.1 Aufenthalte im Ausland (außerhalb Deutschlands)</b>			
von	bis	in (Ort, Staat)	
von	bis	in (Ort, Staat)	
von	bis	in (Ort, Staat)	
von	bis	in (Ort, Staat)	
von	bis	in (Ort, Staat)	
<b>6.2 Aufenthalte im Inland (innerhalb Deutschlands)</b>			
von	bis	in (Ort, Bundesland)	
von	bis	in (Ort, Bundesland)	
von	bis	in (Ort, Bundesland)	
von	bis	in (Ort, Bundesland)	
von	bis	in (Ort, Bundesland)	
Besitzen Sie eine Niederlassungserlaubnis, Daueraufenthaltskarte EU/Freizügigkeitsbescheinigung? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein.		Besitzen Sie eine Aufenthaltserlaubnis? <input type="checkbox"/> Ja, gültig bis <input type="checkbox"/> Nein.	
<b>6.3 Schulausbildung</b>			
von	bis	Schulart, Abschluss	Staat
von	bis	Schulart, Abschluss	Staat
von	bis	Schulart, Abschluss	Staat
von	bis	Schulart, Abschluss	Staat
von	bis	Schulart, Abschluss	Staat

6.4 Berufsausbildung/Weiterbildungen/Studium			
von	bis	Art, Abschluss	Staat
6.5 Arbeitsverhältnisse/selbstständige Tätigkeiten der letzten acht Jahre			
von	bis	Art/Tätigkeitsbezeichnung	Staat
Name und Standort des Arbeitgebers			
Name und Standort des Arbeitgebers			
Name und Standort des Arbeitgebers			
Name und Standort des Arbeitgebers			
Name und Standort des Arbeitgebers			
Name und Standort des Arbeitgebers			
Name und Standort des Arbeitgebers			
Name und Standort des Arbeitgebers			
Name und Standort des Arbeitgebers			
Name und Standort des Arbeitgebers			

7. Sprachkenntnisse, Integrationsleistungen, strafbares Verhalten, Unterhaltsfähigkeit	
7.1 Herkunft deutscher Sprachkenntnisse und Integrationsbemühungen	
Besitzen Sie deutsche Sprachkenntnisse durch	
<input type="checkbox"/> Elternhaus	<input type="checkbox"/> Selbststudium
<input type="checkbox"/> Schulbesuch	<input type="checkbox"/> Aufenthalt im deutschsprachigen Raum
In welchem Staat wurden die Sprachkenntnisse erworben?	
Besitzen Sie einen erfolgreichen Abschluss des Zertifikats Deutsch-Sprachniveau B1 oder B2/Test DAF/DSH-Prüfung?	
<input type="checkbox"/> Ja.	<input type="checkbox"/> Nein.
Erlangten Sie deutsche Sprachkenntnisse durch einen Besuch eines deutschen Sprachinstituts?	
<input type="checkbox"/> Ja.	<input type="checkbox"/> Nein.

Name des deutschen Sprachinstituts
Anschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort) des Sprachinstituts
Besitzen Sie einen erfolgreichen Abschluss eines Einbürgerungstests oder eines Tests "Leben in Deutschland"? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein.
Besitzen Sie einen erfolgreichen Abschluss eines Integrationskurses (nach § 17 Abs. 2 Integrationskursverordnung)? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein.
Können Sie besondere Integrationsleistungen vorweisen? (ehrenamtliches Engagement wie Feuerwehr, soziale Dienste)

<b>7.2 Straftaten, Ordnungswidrigkeiten und Ermittlungsverfahren im In- und Ausland</b> Haben Sie Straftaten begangen, bestehen gegen Sie Ordnungswidrigkeiten und Ermittlungsverfahren? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein. Bitte machen Sie Angaben zu Tatbestand, Strafmaß, verurteilendem Gericht/Behörde und Datum der Verurteilung; auch Angaben über die Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung. Fügen Sie bitte je Verurteilung eine Kopie des entsprechenden vollständigen Urteils bei.										
Ist eine Verurteilung speziell wegen einer rechtswidrigen antisemitischen, rassistischen, fremdenfeindlichen oder sonstigen menschenverachtenden Tat im Sinne des § 46 Abs. 2 S. 2 StGB erfolgt? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein.										
Angaben über Datum, Behörde, Tatbestand und Buße bei erheblichen Ordnungswidrigkeiten (ab 500,00 EUR)										
Angaben über anhängige Ermittlungsverfahren (auch im Ausland)										
<b>7.3 Unterhaltsfähigkeit</b> <table border="1" style="width:100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width:33%;">Ausgeübter Beruf</td> <td style="width:33%;">Zeitraum der Einkünfte <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich</td> <td style="width:33%;">Betrag Netto Einkünfte EUR</td> </tr> <tr> <td colspan="2">Haben Sie Grundbesitz und Vermögen? <input type="checkbox"/> Nein. <input type="checkbox"/> Ja, im Wert von EUR</td> <td>Hypotheken und Schulden EUR</td> </tr> <tr> <td>Sind Sie mit Steuerzahlungen im Rückstand? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein.</td> <td colspan="2">Sind Sie im Schuldner- oder Insolvenzverzeichnis eingetragen? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein.</td> </tr> </table>		Ausgeübter Beruf	Zeitraum der Einkünfte <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag Netto Einkünfte EUR	Haben Sie Grundbesitz und Vermögen? <input type="checkbox"/> Nein. <input type="checkbox"/> Ja, im Wert von EUR		Hypotheken und Schulden EUR	Sind Sie mit Steuerzahlungen im Rückstand? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein.	Sind Sie im Schuldner- oder Insolvenzverzeichnis eingetragen? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein.	
Ausgeübter Beruf	Zeitraum der Einkünfte <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag Netto Einkünfte EUR								
Haben Sie Grundbesitz und Vermögen? <input type="checkbox"/> Nein. <input type="checkbox"/> Ja, im Wert von EUR		Hypotheken und Schulden EUR								
Sind Sie mit Steuerzahlungen im Rückstand? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein.	Sind Sie im Schuldner- oder Insolvenzverzeichnis eingetragen? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein.									
Haben Sie für Ihre Alterssicherung gesorgt? <input type="checkbox"/> Ja, durch <input type="checkbox"/> Nein.										



Beziehen Sie oder Ihre Familie Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II oder XII? <input type="checkbox"/> Ja, monatlich in Höhe von _____ EUR, und zwar <input type="checkbox"/> Sozialhilfe <input type="checkbox"/> Bürgergeld (bis 31.12.22 ALG II) <input type="checkbox"/> Sonstige <input type="checkbox"/> Nein.	
Haben Sie oder Ihre Familie Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II oder XII bezogen? <input type="checkbox"/> Nein. <input type="checkbox"/> Sozialhilfe <input type="checkbox"/> Bürgergeld (bis 31.12.22 ALG II) <input type="checkbox"/> Sonstige <input type="checkbox"/> Ja, monatlich in Höhe von _____ EUR.	
Beziehen Sie oder Ihre Familie Wohngeld? <input type="checkbox"/> Nein. <input type="checkbox"/> Ja, monatlich in Höhe von _____ EUR.	
Haben Sie oder Ihre Familie Wohngeld bezogen? <input type="checkbox"/> Nein. <input type="checkbox"/> Ja, monatlich in Höhe von _____ EUR.	
von _____ bis _____	Wohngeldleistende Stelle _____ Grund für die Beendigung der Zahlung _____
Bestehen Unterhaltsverpflichtungen? <input type="checkbox"/> Nein. <input type="checkbox"/> Ja.      Bei „Ja“: Sind Sie mit Unterhaltszahlungen im Rückstand? <input type="checkbox"/> Ja. <input type="checkbox"/> Nein:	

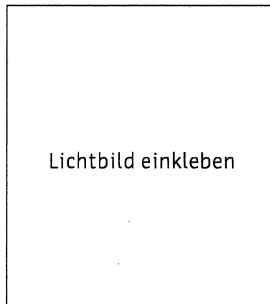
7.4 Nettoeinkünfte der übrigen Familienmitglieder		
Name _____	Netto-Einkünfte <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag _____ EUR.
Name _____	Netto-Einkünfte <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag _____ EUR.
Name _____	Netto-Einkünfte <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag _____ EUR.
Name _____	Netto-Einkünfte <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich	Betrag _____ EUR.

7.5 Unterhalt ist durch Unterhaltsansprüche gesichert (Nur von Personen ohne eigene Einkünfte zu beantworten)	
Name des Unterhaltspflichtigen _____	Vorname des Unterhaltspflichtigen _____
Wohnanschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort) des Unterhaltspflichtigen _____	
Höhe des Unterhalts <input type="checkbox"/> monatlich <input type="checkbox"/> jährlich      EUR.	

8. Sonstiges	
Haben Sie bereits früher in Deutschland die Einbürgerung beantragt? <input type="checkbox"/> Nein. <input type="checkbox"/> Ja. (Bitte die folgenden Fragen beantworten)	
Der Antrag wurde gestellt bei Name der Behörde _____	
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort) der Behörde _____	
<input type="checkbox"/> Der Antrag wurde abgelehnt von Name der Behörde _____	<input type="checkbox"/> Der Antrag wurde zurückgenommen von _____
Anschrift (Straße, Hausnummer, PLZ, Ort) der Behörde _____	
Datum der Ablehnung/Rücknahme _____	Aktenz. des Ablehnungsbescheides/Rücknahmebescheides _____

9. Begründung meines Antrages auf Einbürgerung (Bei Bedarf bitte Extrablatt beifügen!)


10. Lichtbild (Nur von Einbürgerungsbewerbern ab Vollendung des 16. Lebensjahres)



11. Einwilligungserklärungen des Einbürgerungsbewerbers

**Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben**

Ich versichere die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben im Einbürgerungsantrag. Ich habe Kenntnis, dass unrichtige und unvollständige Angaben zur Ablehnung oder zur Rücknahme der Einbürgerung führen können. Zudem wird nach § 42 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft, wer unrichtige oder unvollständige Angaben zu wesentlichen Voraussetzungen für die Einbürgerung macht oder benutzt, um für sich oder einen anderen die Einbürgerung zu erschleichen. Ich verpflichte mich, Änderungen meiner persönlichen oder wirtschaftlichen Verhältnisse während der Dauer des Einbürgerungsverfahrens unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen.

**Datenschutzrechtlicher Hinweis**

Nach § 31 Staatsangehörigkeitsgesetz dürfen die mit der Ausführung des Staatsangehörigkeitsgesetzes betrauten Behörden zum Zwecke der Ausführung dieses Gesetzes oder von staatsangehörigkeitsrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen personenbezogene Daten erheben, soweit dies zur Erfüllung ihrer Aufgaben nach diesem Gesetz oder nach staatsangehörigkeitsrechtlichen Bestimmungen in anderen Gesetzen erforderlich ist. Daten im Sinne von § 3 Abs. 9 des Bundesdatenschutzgesetzes sowie von entsprechenden Vorschriften der Datenschutzgesetze der Länder dürfen erhoben werden, soweit diese im Einzelfall zur Aufgabenerfüllung erforderlich sind.

**Verwaltungsgebühr**

Ich bin darüber unterrichtet worden, dass nach § 38 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 StAG die Gebühr für die Einbürgerung pro Person 255,00 Euro beträgt. Für minderjährige Kinder, die zusammen mit einem Elternteil eingebürgert werden und keine eigenen Einkünfte im Sinne des Einkommensteuergesetzes haben, ermäßigt sich die Gebühr nach § 38 Abs. 2 S. 2 StAG auf 51,00 Euro. Ich wurde auch darauf hingewiesen, dass bei Ablehnung des Einbürgerungsantrages und bei Abgabe einer Erklärung zur Rücknahme des Einbürgerungsantrages nach § 38 Abs. 2 S. 3 i. V. m. Abs. 2 S. 1 Nr. 1 StAG eine Gebühr in Höhe von 25,00 Euro bis 255,00 Euro erhoben wird.

**Beziehung der Ausländerakte**

Zur Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen ist im Regelfall die Beziehung der Ausländerakten des Einbürgerungsbewerbers erforderlich. In die Beziehung der Ausländerakte wird hiermit ausdrücklich eingewilligt.

### Einwilligung Behördenauskünfte

Ich erteile hiermit meine Einwilligung nach § 67 b Abs. 1 und 2 des Zehnten Buches Sozialgesetzbuch, dass zur Prüfung meiner wirtschaftlichen Voraussetzungen für die von mir beantragte Einbürgerung Auskünfte über den Erhalt von Leistungen (Arbeitslosengeld I) sowie die Umstände und Gründe für den Bezug von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch – Drittes Buch bei der Agentur für Arbeit, den Erhalt von Leistungen sowie die Umstände und Gründe für den Bezug von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch – Zweites Buch beim Jobcenter bzw. dem für die Leistungserteilung zuständigen Träger, den Erhalt von Leistungen sowie die Umstände und Gründe für den Bezug von Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch – Zwölftes Buch beim Amt für Soziales und Gesundheit der Stadt Erfurt durch die Einbürgerungsbehörde eingeholt werden.

Mir ist bekannt, dass die Einwilligung für die abschließende Prüfung des Einbürgerungsantrages erforderlich ist und dass ich die Einwilligung jederzeit mit Wirkung für die Zukunft schriftlich widerrufen kann.

Des Weiteren gebe ich mein Einverständnis darüber, dass über meine Person Auskünfte aus dem Bundeszentralregister, dem Thüringer Landesamt für Verfassungsschutz, dem Thüringer Landeskriminalamt, der Polizeiinspektion, der Wohngeldstelle, dem Jugendamt, dem Bürgeramt (Meldebehörde, Ausländerbehörde, Gewerbeamt), der Landesärztekammer, der Staatsanwaltschaften, dem Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, der Botschaft meines Herkunftslandes in der Bundesrepublik Deutschland und der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in meinem Herkunftsland eingeholt werden können. Zudem bin ich mit der Auskunftserteilung durch die Amtsgerichte aus dem Schuldner- und Insolvenzverzeichnis und der Einsichtnahme in eventuell vorhandene Unterlagen einverstanden.

### Entbindung der Finanzbehörden vom Steuergeheimnis (§ 30 Abgabenordnung)

Ich entbinde die Finanzbehörden vom Steuergeheimnis (§ 30 Abgabenordnung) und gestatte diesen, personenbezogene Daten und Einzelheiten zu meinen steuerlichen Verhältnissen, einschließlich etwaiger Steuerstrafverfahren, der Einbürgerungsbehörde der Stadt Erfurt zu übermitteln, soweit diese erforderlich sind um sachgerecht prüfen zu können, ob dem Einbürgerungsantrag entsprochen werden kann oder nicht. Mir ist bekannt, dass die Datenerhebung bei den Finanzbehörden für die abschließende Prüfung des Einbürgerungsantrages erforderlich ist und ich meine Entbindung der Finanzbehörden vom Steuergeheimnis jederzeit mit Wirkung für die Zukunft schriftlich widerrufen kann.

---

Unterschrift Einbürgerungsbewerber oder gesetzliche Vertreter

---

Ort, Datum

## 12. Miteinbürgerung von Kindern

Ich beantrage die Einbürgerung der folgenden unter der Nummer 5 des Antrages aufgeführten Kinder:

Name, Vorname/n des Kindes	Geburtsdatum
Name, Vorname/n des Kindes	Geburtsdatum
Name, Vorname/n des Kindes	Geburtsdatum
Name, Vorname/n des Kindes	Geburtsdatum
Name, Vorname/n des Kindes	Geburtsdatum

\_\_\_\_\_  
Unterschrift/en gesetzliche Vertreter

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

*Aus Gründen der Übersichtlichkeit und Lesbarkeit wird auf die wechselweise weibliche, männliche als auch diverse Form verzichtet.*

## Information für Einbürgerungsbewerber

### Bekanntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung

*Freiheitliche demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes ist eine Staatsform, die keine Gewalt- und Willkürherrschaft kennt. Die Staatsgewalt wird vom Volke über die von ihm gewählten Vertreter im Parlament ausgeübt. Sie beinhaltet einen Rechtsstaat, der Menschenwürde, Freiheit und Gleichheit jedes Einzelnen schützt.*

#### Was bedeutet dies konkret?

Die freiheitlich demokratische Grundordnung ist die Grundlage für das friedliche Zusammenleben der Menschen in der Bundesrepublik Deutschland. In diesem Begriff fasst man die Wertvorstellungen des Grundgesetzes zusammen. Zu den grundlegenden Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen insbesondere

- die Achtung der Menschenrechte, vor allem das Recht jedes Menschen auf Leben und freie Entfaltung und Gleichbehandlung (hierzu zählt auch die Gleichberechtigung von Frau und Mann)
- die Souveränität des Volkes
- die Gewaltenteilung
- die Verantwortlichkeit der Regierung
- die Gesetzmäßigkeit der Verwaltung
- die Unabhängigkeit der Gerichte
- das Mehrparteienprinzip und die Chancengleichheit für alle Parteien mit dem Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition.

#### Erläuterung der Grundwerte der deutschen Verfassung

##### 1. Demokratie und Volksherrschaft

Nach dem Grundgesetz geht alle Staatsgewalt vom Volke aus. Das Volk bestimmt in regelmäßigen Wahlen Vertreter im Bund, in den Ländern und in den Gemeinden. Diese nehmen die Interessen der jeweiligen Ebene, für die sie gewählt wurden, wahr und treffen die Entscheidungen nach dem Mehrheitsprinzip.

##### 2. Achtung der Grundrechte

Die Grundrechte ermöglichen es dem Einzelnen unter anderem, sich gegen deren Beeinträchtigung durch den Staat zu wehren. Der Staat hat die Grundrechte eines jeden Menschen zu schützen, aber auch gegen andere Menschen, Personenvereinigungen und Organisationen. Jeder Mensch hat Anspruch auf freie Entfaltung seiner Persönlichkeit. Niemand darf andere in ihrer freien Selbstbestimmung beeinträchtigen z. B. hinsichtlich der religiösen Betätigung sowie des Zugangs zu Informationen, zur Bildung und zum Berufsleben. Männer und Frauen sind gleichberechtigt.

##### 3. Gewaltenteilung

Der Grundsatz der Gewaltenteilung dient der Hemmung und Kontrolle staatlicher Macht. Die vom Volk ausgehende Staatsgewalt (siehe oben unter 1.) wird durch besondere Organe der Gesetzgebung (Parlamente), der vollziehenden Gewalt (Regierungen und Verwaltungen) und der Rechtsprechung (Gerichte) ausgeübt. Die Parlamente kontrollieren die Arbeit der Regierung.

#### 4. Rechtsstaatsprinzip

Das Rechtsstaatsprinzip gewährleistet vor allem, dass Regierung und Verwaltung die Gesetze einhalten und es einen gerichtlichen Rechtsschutz bei Rechtsverletzungen durch die öffentliche Gewalt gibt. Jedem Bürger steht der Weg zu den Gerichten offen.

#### 5. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung

Die Verwaltungen müssen die Gesetze beachten und anwenden. Maßnahmen, die in Rechte des Bürgers eingreifen, bedürfen zu ihrer Rechtfertigung grundsätzlich einer gesetzlichen Grundlage, die diese Maßnahme zulässt oder erlaubt.

#### 6. Unabhängigkeit der Gerichte

Die Gerichte sind unabhängig. Sie können von Regierungen oder Parlamenten nicht kontrolliert werden. Die Richter sind nur ihrem Gewissen bei der Rechtsanwendung verpflichtet. Jeder Bürger hat einen Anspruch auf einen fairen Prozess.

#### 7. Mehrparteienprinzip und Chancengleichheit der politischen Parteien

Ein wesentliches Merkmal der freiheitlich demokratischen Grundordnung ist, dass es verschiedene Parteien gibt. Alle Parteien haben die gleichen Chancen, ihre politischen Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Gründung, Bestand und Tätigkeit der Parteien sind frei von staatlichen Einflüssen und Eingriffen. Bei Wahlen haben alle Parteien die gleichen Möglichkeiten, für sich zu werben und gewählt zu werden. Durch das Mehrparteienprinzip wird die Meinungsvielfalt im öffentlichen Leben gewährleistet.

#### 8. Recht auf verfassungsmäßige Bildung und Ausübung einer Opposition

Die Opposition bildet das politische Gegengewicht zur Regierung und hat die Aufgabe, sie zu kontrollieren. Sie kann Gesetzentwürfe einbringen. Die Regierung darf die Opposition nicht in ihrer Arbeit behindern.

Für Ihre Einbürgerung ist es wichtig, dass Sie die eben beschriebenen Elemente der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verstanden und akzeptiert haben. Bitte stellen Sie Fragen, wenn Ihnen hierzu noch etwas unklar ist.

Mit Ihrer Unterschrift im Bearbeitungsblatt – Loyalitätserklärung (entweder unter Nr. 4 oder unter Nr. 5 – in Abhängigkeit von Ihren Angaben unter Nr. 2) bekennen Sie sich zu den Grundwerten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Durch Ihre Unterschrift erklären Sie aber auch,

1. dass Sie keine Bestrebungen unterstützen oder selbst verfolgen, die sich gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung wenden,
2. dass sich Ihre Handlungen nicht gegen den Bestand der Bundesrepublik Deutschland wenden,
3. dass Sie die Amtsausübung der gewählten Organe des Landes nicht behindern werden,
4. dass Sie die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland nicht durch Ausübung von Gewalt oder durch Vorbereitung solcher Handlungen gefährden wollen und
5. dass Sie keine antisemitischen, rassistischen, fremdenfeindliche oder sonstige menschenverachtende Handlungen vorgenommen haben oder vornehmen werden.

ausgegeben am:

durch

Stempel der Behörde

## Bearbeitungsblatt zum Bekenntnis zur freiheitlich demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland - Loyalitätserklärung

1. Familienname, Vornamen	
Geburtsdatum	Geburtsort
Wohnanschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)	

2. Ich bestätige, dass ich über die Bedeutung des Bekenntnisses zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland, deren Grundsätze in dem nachfolgenden Erklärungstext abgedruckt sind, unterrichtet bin. Nachdem ich von dem Inhalt der von mir erwarteten Loyalitätserklärung Kenntnis genommen habe, teile ich wahrheitsgemäß mit, dass

ich niemals Bestrebungen der unter Nr. 4.2 genannten Art verfolgt oder unterstützt habe; ich werde daher die Loyalitätserklärung nach Nr. 4 abgeben (weiter mit 4.)

ich in der Zeit von \_\_\_\_\_ bis \_\_\_\_\_ Bestrebungen der unter Nr. 4.2 genannten Art verfolgt oder unterstützt habe. Hierzu mache ich folgende Angaben (ggf. extra Blatt beifügen)

\_\_\_\_\_

ich mich seit \_\_\_\_\_ von Bestrebungen der unter Nr. 4.2 genannten Art gelöst habe; ich werde daher die Loyalitätserklärung nach Nr. 5 abgeben (weiter mit 5.)

Ich habe zur Kenntnis genommen, dass meine Einbürgerung ausgeschlossen ist, wenn sich bei der Prüfung meines Antrages tatsächliche Anhaltspunkte dafür ergeben, dass ich Bestrebungen der unter Nr. 4.2 genannten Art verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe und mich nicht von derartigen Bestrebungen abgewandt habe.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Einbürgerungsbewerber

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

### Wird von der Einbürgerungsbehörde ausgefüllt!

3.1 Die Unterrichtung zur Loyalitätserklärung ist im Zusammenhang

mit der Vorsprache am \_\_\_\_\_ mündlich

mit dem Schreiben vom \_\_\_\_\_ und mit Aushändigung eines Abdrucks dieses Bearbeitungsblattes erfolgt.

3.2 Die Loyalitätserklärung ist

in meiner Gegenwart von der antragstellenden Person unterzeichnet worden.

schriftlich eingereicht worden.

3.3 Fragen der antragstellenden Person/Bemerkungen (ggf. extra Blatt beifügen)

Keine.

Folgende:

(Stempel Behörde)

\_\_\_\_\_  
Unterschrift

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum





4. In Kenntnis der Bedeutung für den von mir beantragten Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gebe ich folgende Loyalitätserklärung ab:
- 4.1 Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:
- a. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
  - b. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
  - c. das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
  - d. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
  - e. die Unabhängigkeit der Gerichte,
  - f. den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft,
  - g. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
  - h. dass antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen.
- 4.2 Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze oder verfolgt oder unterstützt habe, die
- a. gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
  - b. eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
  - c. durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

---

Unterschrift Einbürgerungsbewerber

---

Ort, Datum

5. In Kenntnis der Bedeutung für den von mir beantragten Erwerb der deutschen Staatsangehörigkeit gebe ich folgende Loyalitätserklärung ab:
- 5.1 Ich bekenne mich zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland. Insbesondere erkenne ich an:
- a. das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
  - b. die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
  - c. das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
  - d. die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
  - e. die Unabhängigkeit der Gerichte,
  - f. den Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft ,
  - g. die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte und
  - h. dass antisemitisch, rassistisch oder sonstige menschenverachtend motivierte Handlungen mit der Menschenwürdegarantie des Grundgesetzes unvereinbar sind und dem Bekenntnis entgegenstehen.
- 5.2 Ich erkläre, dass ich keine Bestrebungen verfolge oder unterstütze, die
- a. gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
  - b. eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben oder
  - c. durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden.

Von der früheren Verfolgung oder Unterstützung derartiger Bestrebungen habe ich mich abgewandt.

---

Unterschrift Einbürgerungsbewerber

---

Ort, Datum

*Aus Gründen der Übersichtlichkeit und Lesbarkeit wird auf die wechselweise weibliche, männliche als auch diverse Form verzichtet.*

Bearbeitungsblatt zum Bekenntnis zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges

1. Angaben zur antragstellenden Person

Familiename, Vorname/-n		ggf. Geburtsname
Geburtsdatum	Geburtsort	

2. Ich bekenne mich

- a) zur besonderen historischen Verantwortung Deutschlands für die nationalsozialistische Unrechtsherrschaft und ihre Folgen, insbesondere für den Schutz jüdischen Lebens, sowie
- b) zum friedlichen Zusammenleben der Völker und dem Verbot der Führung eines Angriffskrieges.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Antragsteller

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

3.1 Das Bekenntnis ist

- in meiner Gegenwart von der antragstellenden Person unterzeichnet worden.
- schriftlich eingereicht worden.

3.2 Der Antragsteller

- hat eine Kopie seines Bekenntnisses erhalten.
- auf die Aushändigung einer Kopie verzichtet.

3.3 Fragen der antragstellenden Person/Bemerkungen (ggf. extra Blatt beifügen):

- Keine.
- Folgende:


(Siegel oder Stempel der  
annehmenden Behörde)

\_\_\_\_\_  
Unterschrift Mitarbeiter

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum



## Erklärung zum Einbürgerungsantrag und -verfahren

Name, ggf. Geburtsname	Vornamen, ggf. Vatersname
Geburtsort	Geburtsdatum
Wohnanschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)	

1. Über die allgemeinen Voraussetzungen der Einbürgerung (§§ 8 bis 10 Staatsangehörigkeitsgesetz – StAG -) wurde ich unterrichtet.
2. Das Informationsblatt zur Loyalitätserklärung wurde mir ausgehändigt.
3. Ich bin darüber informiert worden, dass nach § 38 Abs. 2 S. 1 Nr. 1 StAG die Gebühr für die Einbürgerung **pro Person 255,00 Euro** beträgt. Für minderjährige Kinder, die zusammen mit den Eltern eingebürgert werden und keine eigenen Einkünfte im Sinne des Einkommensteuergesetzes haben, ermäßigt sich die Gebühr nach § 38 Abs. 2 S. 2 StAG auf **51,00 Euro**.
4. Ich wurde darauf hingewiesen, dass bei Ablehnung des Einbürgerungsantrages und bei Abgabe einer Erklärung zur Rücknahme des Einbürgerungsantrages nach § 38 Abs. 2 S. 3 i. V. m. Abs. 2 S. 1 Nr. 1 StAG eine Gebühr in Höhe von 25,00 Euro bis 255,00 Euro erhoben wird.
5. Ich wurde über die Pflicht zur Angabe von Straftaten und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren etc. belehrt.
6. Ich wurde darüber unterrichtet, dass ich nach § 34 StAG in Verbindung mit § 82 Aufenthaltsgesetz verpflichtet bin, die oben genannte Einbürgerungsbehörde über alle entscheidungserheblichen Sachverhalte und Änderungen in meinen persönlichen Verhältnissen, die sich während dem Einbürgerungsverfahren ergeben, zu unterrichten.

Der Einbürgerungsbehörde habe ich unverzüglich mitzuteilen, wenn sich Änderungen

- der **Wohnanschrift** (Umzug, Änderung des Straßennamens, Begründung einer Nebenwohnung, Aufnahme in eine Justizvollzugsanstalt oder ein Jugendgefängnis, Auslandsaufenthalt von mehr als sechs Monaten),
- des **Personenstandes** (z. B. Eheschließung, Eintragung einer gleichgeschlechtlichen Lebenspartnerschaft, Getrenntleben vom Ehegatten oder Lebenspartner, Scheidung, gerichtliche Aufhebung der Lebenspartnerschaft, Tod des Ehegatten oder Lebenspartners, Geburt oder Tod eines Kindes, Annahme eines Adoptivkindes, Namensänderungen),
- der **Einkommensverhältnisse** (z. B. Bezug, Wegfall, Weiterbewilligung oder erneute Bewilligung öffentlicher Leistungen nach SGB II oder SGB XII, Arbeitslosengeld, Kurzarbeitergeld, Berufsausbildungsbeihilfe, BAföG-Leistungen, Überbrückungsgeld, Unterhaltsgeld, Wohngeld, Unterhaltsvorschuss, Kindergeld, Kinderzuschlag, Mutterschaftsgeld, Elterngeld, Erziehungsgeld, Erwerbsunfähigkeitsrente, Altersrente, Pension, Lohn, Besoldung, Krankengeld, Pflegegeld, Erzielen von Einkommen aus selbständiger Tätigkeit),
- des **Arbeitsverhältnisses** (z. B. Verlängerung eines befristeten Arbeitsverhältnisses, Wechsel des Arbeitgebers, Kündigung, Aufnahme oder Aufgabe einer selbständigen Erwerbstätigkeit, Aufnahme oder Beendigung einer Berufsausbildung oder eines Studiums),
- des **Vermögens** (z. B. Anschaffung, Verkauf oder Verlust von Wohneigentum),

- der **Kranken- und Pflegeversicherung** (z. B. Wechsel der Krankenkasse, bei nichtversicherungs-  
pflichtigen Einbürgerungsbewerbern Erhöhung des monatlichen Beitrages),
- der **Altersabsicherung** (z. B. Kündigung/Auflösung der Lebensversicherung, des Rentenfonds oder  
des Bausparvertrages),
- des **Status** (z. B. Widerruf der Asylberechtigung)
- des **Aufenthaltstitels** (z. B. Verlängerung einer Aufenthaltserlaubnis, Erteilung einer Niederlas-  
sungserlaubnis, Erteilung einer Fiktionsbescheinigung nach § 81 Aufenthaltsgesetz),
- des **Heimatpasses oder Reiseausweises** (Verlängerung der Geltungsdauer oder Neuausstellung  
oder Einziehung) oder
- des **Besitzes bzw. Erwerbes von weiteren Staatsangehörigkeiten**

ergeben.

Das gilt ebenfalls bei Eintritt von Änderungen in Bezug auf meinen Ehegatten/Lebenspartner\*, sowie  
Kinder/Adoptivkinder/Stiefkinder\*, und unabhängig von deren staatsangehörigkeitsrechtlichen Ver-  
hältnissen.

Ich bin ebenfalls darüber belehrt worden, dass ich verpflichtet bin, die Einbürgerungsbehörde unver-  
züglich zu unterrichten, wenn während des laufenden Einbürgerungsverfahrens gegen mich ein Er-  
mittlungs- oder Strafverfahren wegen des Verdachts einer Straftat in der Bundesrepublik Deutschland  
oder einem anderen Staat eingeleitet wird.

7. Ich wurde belehrt, dass unrichtige oder unvollständige Angaben nach § 35 StAG zur Rücknahme der  
Einbürgerung führen können und/oder nach § 42 StAG mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit  
Geldstrafe bestraft werden.

\*sofern vorhanden

Das Vorstehende habe ich verstanden und zur Kenntnis genommen.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

Hiermit bestätige ich den Erhalt einer Kopie der vorstehenden Erklärung.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

*Aus Gründen der Übersichtlichkeit und Lesbarkeit wird auf die wechselweise weibliche, männliche als auch diverse  
Schreibweise verzichtet.*

## Belehrung über die Angabe von Straftaten und strafrechtlichen Ermittlungsverfahren

Name, ggf. Geburtsname		Vornamen, ggf. Vatersname	
Geburtsdatum	Geburtsort		
Wohnanschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)			
Einbürgerungsantrag vom			

Eine Einbürgerung in den deutschen Staatsverband ist grundsätzlich nur möglich, wenn der Einbürgerungsbewerber nicht vorbestraft ist.

Zur Prüfung der Einbürgerungsvoraussetzungen muss ein Einbürgerungsbewerber deshalb alle strafrechtlichen Verurteilungen und alle gegen ihn wegen des Verdachts einer Straftat anhängigen polizeilichen, staatsanwaltschaftlichen oder strafgerichtlichen Verfahren im Einbürgerungsantrag angeben. Dies gilt für Verurteilungen und Ermittlungsverfahren in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland.

Da der Einbürgerungsbehörde gemäß § 41 Abs. 1 Nr. 6 des Bundeszentralregistergesetzes (BZRG) ein Recht auf unbeschränkte Auskunft aus dem Bundeszentralregister zusteht, muss ein Einbürgerungsbewerber dabei gemäß § 53 Abs. 2 BZRG **alle** Verurteilungen, Strafbefehle usw., die in der Bundesrepublik Deutschland und im Ausland zu seiner Person ergangen sind, mitteilen. Dies gilt auch dann, wenn eine gegen den Einbürgerungsbewerber ergangene Verurteilung, Jugendstrafe, Maßregel der Besserung und Sicherung, ein Strafbefehl oder eine andere staatsanwaltschaftliche Verfügung nicht in ein Führungszeugnis gemäß § 32 BZRG aufzunehmen ist oder sonst nicht offenbart werden muss, weil z. B. das Strafmaß 90 Tagessätze nicht übersteigt.

Wird gegen den Einbürgerungsbewerber wegen des Verdachts einer Straftat ein polizeiliches Ermittlungsverfahren oder staatsanwaltschaftliches bzw. gerichtliches Strafverfahren im Inland oder im Ausland eingeleitet, ist die Entscheidung über den Einbürgerungsantrag gemäß § 12a Abs. 3 Staatsangehörigkeitsgesetz (StAG) bis zur rechtskräftigen Entscheidung auszusetzen. Daher muss ein Einbürgerungsbewerber bis zur Entgegennahme der Einbürgerungsurkunde der Einbürgerungsbehörde auch die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens mitteilen.

Unrichtige oder unvollständige Angaben über Straftaten oder Ermittlungsverfahren können nach § 35 StAG zur Rücknahme der Einbürgerung führen, und/oder nach § 42 StAG mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft werden.

Von der vorstehenden Belehrung habe ich Kenntnis genommen und gebe folgende **Erklärung** ab:

Ich wurde bis heute weder in der Bundesrepublik Deutschland noch im Ausland rechtskräftig wegen einer Straftat verurteilt oder anderweitig strafrechtlich belangt oder als Beschuldigter wegen des Verdachts einer Straftat vernommen.\*

Die im Einbürgerungsantrag vom \_\_\_\_\_ gemachten Angaben zu meinem strafbaren Verhalten im In- und Ausland über

- derzeit noch anhängige polizeiliche Ermittlungsverfahren oder staatsanwaltschaftliche bzw. gerichtliche Strafverfahren
- Verurteilungen, Strafbefehle, Jugendstrafen
- die Anordnung einer Maßregel der Besserung und Sicherung nach § 61 Nr. 5 oder 6 Strafgesetzbuch sowie
- andere in den letzten fünf Jahren ergangene staatsanwaltschaftliche sowie polizeiliche Verfügungen

sind vollständig und richtig.\*

**\* Bitte Zutreffendes ankreuzen und ggf. Ergänzungen vornehmen.**

Ich versichere durch meine Unterschrift die Kenntnisnahme der Belehrung und die Richtigkeit meiner vorstehenden Erklärung.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

Ich bestätige den Erhalt einer Kopie der vorstehenden Belehrung und Erklärung.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum



# Standesamt

## Erläuterungsblatt Beteiligung von Behörden im Einbürgerungsverfahren

Name, ggf. Geburtsname		Vornamen, ggf. Vatersname	
Geburtsdatum	Geburtsort		
Wohnanschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)			

Für die Bearbeitung des Einbürgerungsantrages werden Daten benötigt, die zu Ihrer Person bei anderen Behörden vorhanden sind. In allen Einbürgerungsfällen werden Auskünfte eingeholt

- **bei der Meldebehörde**  
 zur Prüfung der Zuständigkeit der Einbürgerungsbehörde (§ 3 Thüringer Verwaltungsverfahrensgesetz) und der für eine Einbürgerung erforderlichen gewöhnlichen Aufenthaltszeiten in Deutschland (§ 8 Abs. 1 oder § 10 Abs. 1 Satz 1 Staatsangehörigkeitsgesetz-StAG): Einholung von Auskünften über aktuelle sowie bisher bestehende Meldeanschriften
- **bei der Ausländerbehörde**  
 zur Prüfung, der für die Einbürgerung erforderlichen rechtmäßigen und gewöhnlichen Aufenthaltszeiten (§ 8 Abs. 1 oder § 10 Abs. 1 Satz 1 StAG), des für die Einbürgerung erforderlichen Aufenthaltstitels (§ 8 Abs.1 oder § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 2 StAG), der Straffreiheit (§ 8 Abs. 1 Nr. 2 oder § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 StAG); zum Ausschluss noch nicht abgeschlossener Ermittlungsverfahren (§12a Abs. 3 StAG) und verfassungsfeindlicher Bestrebungen (§ 11 StAG) sowie zur Prüfung eines besonderen ausländerrechtlichen Status (§ 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 StAG, § 12 Abs. 1 S. 2 Nr. 6 StAG) und der Klärung der Identität (§ 8 Abs. 1 Nr. 2 und § 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 und 5 StAG): Einholung von Auskünften und gegebenenfalls Einsichtnahme in die Ausländerakte
- **beim Bundesamt für Justiz**  
 Auskünfte über Eintragungen im Bundeszentralregister zur Prüfung der Straffreiheit (§ 8 Abs. 1 Nr. 2 oder § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 StAG, § 41 Abs. 1 Nr. 6 Bundeszentralregistergesetz (BZRG))
- **bei den Polizeibehörden, Staatsanwaltschaften, Gerichte, Zollbehörden und Finanzämter, insbesondere Landeskriminalämter, Bundeskriminalamt und Polizeiinspektionen**  
 zur Prüfung, ob das Einbürgerungsverfahren wegen anhängiger Ermittlungs- oder Strafverfahren auszusetzen ist (§ 12a Abs. 3 StAG) oder Straftaten der Einbürgerung entgegenstehen (§ 8 Abs. 1 Nr. 2 oder § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 5 StAG): Einholung von Auskünften sowie gegebenenfalls Einsichtnahme in die Verfahrensakten über anhängige Straf- oder Ermittlungsverfahren
- **beim Amt für Verfassungsschutz**  
 zur Prüfung von Ausschlussgründen nach § 11 StAG, Einholung von Auskünften über Erkenntnisse (§ 37 Abs. 2 StAG)

Zur Einholung dieser Informationen sind die Einbürgerungsbehörden gesetzlich ermächtigt.

Die Ermächtigung gilt auch für weitere Auskünfte, die nach Lage des Einzelfalls zur Bearbeitung des Einbürgerungsantrages oder zur Überprüfung von Angaben erforderlich sind, z. B.

- **beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge**  
nur bei Asylberechtigten und anerkannten ausländischen Flüchtlingen zur Prüfung, ob ein Widerruf des Flüchtlingsstatus oder der Asylberechtigung beabsichtigt ist (§ 8 Abs. 1, § 10 Abs. 1 und § 12 Abs. 1 Satz 2 Nr. 6 StAG) sowie zur Prüfung der Identität von ehemaligen Asyl-antragstellern (§ 8 Abs. 1 Nr. 2 und § 10 Abs. 1 S. 1 Nr. 4 und 5 StAG): Einholung von Auskünften und gegebenenfalls Einsichtnahme in die Verfahrensakten
- **beim Gewerbeamt**  
zur Prüfung der wirtschaftlichen Einbürgerungsvoraussetzungen (§ 8 Abs. 1 Nr. 4 und § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 StAG): Einholung von Auskünften über Gewerbean- und -abmeldungen sowie gewerberechtliche Maßnahmen (nur bei Einbürgerungsbewerbern, die selbständig tätig sind oder in den letzten acht Jahren vor der Beantragung der Einbürgerung selbstständig waren)
- **beim Auswärtigen Amt und den deutschen Auslandsvertretung(en) im Herkunftsstaat bzw. in den Herkunftsstaaten**  
zur Prüfung der Identität, der Angaben im Einbürgerungsverfahren und der Möglichkeit, bei der Einbürgerung ggf. Mehrstaatigkeit (§ 12 StAG) hinzunehmen

<input type="checkbox"/>	*
<input type="checkbox"/>	*
<input type="checkbox"/>	*

\* Möglichkeit der Angabe von weiteren Behörden, die am Verfahren zwingend zu beteiligen sind (nach Lage des Einzelfalls) unter Angabe des Anfragezwecks

Die Beteiligung von Sozialbehörden bedarf Ihrer Einwilligung.  
Im Bedarfsfall erhalten Sie hierfür den gesonderten Vordruck.

Mit meiner Unterschrift erkläre ich die inhaltliche Kenntnisnahme des Erläuterungsblattes und bestätige den Erhalt einer Kopie.

\_\_\_\_\_  
Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers

\_\_\_\_\_  
Ort, Datum

Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie im Internet unter: <https://www.erfurt.de/ef114382>.  
Auf Wunsch können Sie eine Papierfassung erhalten.

*Aus Gründen der Übersichtlichkeit wird auf die wechselweise weibliche, männliche als auch diverse Schreibweise verzichtet.*

# Standesamt

## Einwilligung zur Beteiligung von Sozialbehörden im Einbürgerungsverfahren

Name, ggf. Geburtsname		Vornamen, ggf. Vatersname	
Geburtsdatum	Geburtsort		
Wohnanschrift (Straße, Haus-Nr., PLZ, Ort)			

Ich bin damit einverstanden, dass zur Bearbeitung meines Einbürgerungsantrages vom \_\_\_\_\_, insbesondere zur Prüfung der wirtschaftlichen Voraussetzungen (§ 8 Abs. 1 Nr. 4 bzw. § 10 Abs. 1 Satz 1 Nr. 3 Staatsangehörigkeitsgesetz), durch die Einbürgerungsbehörde Auskünfte von

- der für mich nach dem Dritten Buch des Sozialgesetzbuchs zuständigen **Agentur für Arbeit\***
- dem für mich nach dem Zweiten Buch des Sozialgesetzbuchs zuständigen **Jobcenter bzw. Träger der Leistungen nach dem SGB II\***
- dem für mich nach dem Zwölften Buch des Sozialgesetzbuchs zuständigen **Amtes für Soziales bzw. der für die Leistungserteilung zuständigen Behörde\***
- dem für mich zuständigen **Amt für Soziales - Wohngeldstelle bzw. dem Träger der Leistungen nach dem Wohngeldgesetz\***
- dem für meine unterhaltsberechtigten Kinder zuständigen **Jugendamt bzw. Träger der Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz\***

eingeholt werden können.

\* Bitte Zutreffendes ankreuzen.

Über den Inhalt der einzuholenden Auskünfte wurde ich mündlich durch den Sachbearbeiter informiert.

Ich habe davon Kenntnis genommen, dass mein Einbürgerungsantrag ohne die Beteiligung der vorstehend angekreuzten Behörden nicht bearbeitet werden kann und ich bei Fehlen der Behördenauskünfte mit der Ablehnung des Einbürgerungsantrages rechnen oder die Auskünfte selbst beschaffen muss.

\_\_\_\_\_  
 Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers

\_\_\_\_\_  
 Ort, Datum

Ich bestätige, dass mir eine Ausfertigung dieser Einwilligungserklärung ausgehändigt worden ist.

\_\_\_\_\_  
 Unterschrift des Einbürgerungsbewerbers

\_\_\_\_\_  
 Ort, Datum

Weitere Informationen zum Datenschutz finden Sie im Internet unter: <https://www.erfurt.de/ef114382>.

Auf Wunsch können Sie eine Papierfassung erhalten.

*Aus Gründen der Lesbarkeit und Übersichtlichkeit wird auf die wechselweise weibliche, männliche als auch diverse Schreibweise verzichtet.*

**Sie erreichen uns:**  
 Tel. 0361 655-7670  
 Fax 0361 655-7649

**Hausanschrift:**  
 Bürgermeister-Wagner-Str. 1, 99084 Erfurt  
 Stadtbahn 1, 2, 3, 5, 6

**Postanschrift:**  
 Stadtverwaltung Erfurt, Standesamt  
 99111 Erfurt

**Online:**  
 E-Mail: einbuerbung@erfurt.de  
 Internet: www.erfurt.de/ef14184